

20. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 16.09.2021

Sitzungsort:

Feststadl

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser		

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Johann Zehetmair

Klara Mörike
Stefan Zehetmair

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Herr Stefan Zehetmair und Frau Klara Mörike.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Frau Fister und Herrn Wiswesser nachträglich zum Geburtstag. Des Weiteren gratuliert der Zweite Bürgermeister Herr Prieler im Namen des Gemeinderats Herrn Ersten Bürgermeister Andreas Kemmelmeier nachträglich zu dessen Geburtstag.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die heutige Gemeinderatssitzung als Hybridsitzung durchgeführt wird. Einige Gemeinderatsmitglieder sowie Vertreter der Verwaltung sind mittels Ton- und Bildübertragung der Sitzung zugeschaltet.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

198 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften**

Beschluss: 23:0

Die Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 08.07.2021, 15.07.2021 und 19.07.2021, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden sind, werden genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

199 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

200 23 **Sitzungsteilnahme der Gemeinderatsmitglieder durch Ton-Bildübertragung (Hybridsitzungen) - aktueller Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss Nr. G 165 vom 12.05.2021 in Erinnerung.

Hierbei hat sich der Gemeinderat einstimmig für die Einführung von sogenannten Hybridsitzungen mittels Ton-Bild-Übertragung, vorerst bis Ende September 2021 befristet, ausgesprochen.

Die Gemeinderatsvorunterrichtungen werden bereits seit Januar 2021 komplett im Hybridformat durchgeführt. Hierbei konnten durchaus sehr positive Aspekte abgewonnen werden wonach diese Form der Gemeinderatsvorunterrichtung als äußerst konstruktiv und zielführend angesehen wird.

Die erste öffentliche Gemeinderatssitzung in Hybridformat fand am 10.06.2021 statt. Folgend dürfen wir Ihnen die Teilnehmerzahlen der öffentlichen Gemeinderatssitzungen, aufgeteilt nach Präsenz und online, aufzeigen:

GR-Sitzung 10.06.2021	21 Präsenz und 4 online
GR-Sitzung 08.07.2021	18 Präsenz und 6 online und 1 abwesend
GR-Sitzung 15.07.2021	21 Präsenz und 2 online und 2 abwesend
GR-Sitzung 19.07.2021	13 Präsenz und 10 online und 2 abwesend

Des Weiteren finden auch die Ausschusssitzungen zusätzlich im Hybridformat statt. Gerade an den nichtöffentlichen Ausschusssitzungen nehmen die meisten Ausschussmitglieder mittels Ton-Bild-Übertragung an der Sitzung teil.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bisher konnten die kleinen aufgetretenen technischen Mängel schnell und kurzfristig beseitigt werden, sodass jederzeit eine rechtssichere Sitzung durchgeführt werden konnte.

Der Bürgermeister weist nochmals auf die Verschwiegenheitspflicht nach Art. 20 Abs. 4 Satz 1 GO hin. Insbesondere bei nicht-öffentlichen Sitzungen haben die zugeschalteten Gemeinderatsmitglieder dafür Sorge zu tragen, dass die Übertragung in ihrem Verantwortungsbereich nur von ihnen wahrgenommen werden kann. Dementsprechend sind der hierfür verwendete PC, Laptop oder Tablet gegen Einsicht und Zugriff durch Dritte, insbesondere Familienangehörige und Gäste, zu schützen. Auch die Tonübertragung der nicht-öffentlichen Sitzung muss, wenn kein Teilnahmeplatz mit ausreichend Schutz möglich ist, ein Headset bzw. Kopfhörer benutzt werden. Vor dem Hintergrund der fortstehenden Pandemiesituation genügt für die Zulassung von Sitzungen im Hybridformat, anstatt einer Regelung in der Geschäftsordnung ein Beschluss des Vollgremiums. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung verlangt das Gesetz Art. 47a Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden.

Gemäß Art. 120b Abs. 4 GO reicht für Sitzungen vor dem 01.01.2022 ein Beschluss des Gemeinderats. Sollten die Hybridsitzungen über das Jahr 2021 hinaus, sprich ab 01.01.2022 möglich bzw. angeboten werden, so muss hierzu eine Regelung in der Geschäftsordnung aufgenommen bzw. zugelassen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, vorerst bis Ende Dezember 2021 befristet, die Zulassung von Sitzungen im Hybridformat (Teilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung) mit den im Beschluss Nr. G 165 vom 12.05.2021 gefassten Regelungen zuzulassen. In der Sitzung des Gemeinderats im Dezember 2021 soll die aktuelle Pandemiesituation entsprechend bewertet werden und über eine fortführende Regelung in der Geschäftsordnung entschieden bzw. abgestimmt werden.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Fortführung der Hybridsitzungen (Teilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung) mit den im Beschluss Nr. G 165 vom 12.05.2021 gefassten Regelungen, vorerst bis Ende Dezember 2021 befristet zu. In der Dezembersitzung 2021 des Gemeinderats soll über das weitere Vorgehen der Hybridsitzungen beraten werden.

AZ 024
Hauptamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

201

23

Grundschule Unterföhring an der Bahnhofstraße; Vorlage der Kostenberechnung für die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahme (Brandschutz, energetische Maßnahmen und pädagogisches Schulraumkonzepts)

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 28.05.2020, Nr. 24, in Erinnerung.

Der Gemeinderat hat sich dabei für die Umsetzung des vorgestellten pädagogische Gesamtkonzepts, Stand 03.04.2020, der Schulberaterin Frau Lehner, München, ausgesprochen.

Ziel dieses pädagogische Gesamtkonzept sollte sein, dass beide Schul-Standorte (Bahnhofstraße und Mitterfeldallee) jeweils eine zukunftsfähige, inklusive und Kind orientierte Ganztagschule bilden und ein geschätzter Aufenthaltsort für die Schülerinnen und Schüler werden.

Am Schulstandort Bahnhofstraße entstehen nach Umsetzung des pädagogisches Schulkonzepts insgesamt mit dem Bauteil C (2. Erweiterung Baujahr 2015) 16 Klassenzimmer. Bei steigenden Schülerzahlen ist der Schulstandort an der Bahnhofstraße um zwei weitere Schulklassen erweiterbar. Hierzu sind nach Aussage von Frau Lehner, Schulberatung, die jetzigen Mehrzweckräume im Bauteil B (Baujahr 1964) in Klassenräume umzurüsten. Deshalb sollen diese Mehrzweckräume bereits eine entsprechende Schulraumausstattung (Möblierung mit interaktiven Tafелеlementen; Einbauschranksanlagen) erhalten.

Frau Andrea Lehner erläuterte am 06.09.2021 im Abstimmungsgespräch mit den Fraktionen die künftige Schülerzahlentwicklung.

Die Prognose von Frau Andrea Lehner, Stand 09.01.2020, sieht bis zum Jahr 2050 eine Klassenanzahl von insgesamt 34 Klassen, verteilt auf zwei eigenständige Grundschulen (16 Klassen in der GS Mitterfeldallee und 18 Klassen in der GS Bahnhofstraße) vor.

Mit dieser geplanten Umsetzung verschafft sich die Gemeinde eine vorausschauende Schulhausplanung in Verbindung mit dem Neubau

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Hort/MiB an der Schulstraße, die einer mittelfristigen Schülerzahlplanung für mindestens 15 bis 20 Jahren ausreichend erscheint.

Hierzu wird ebenfalls auf die Stellungnahme der Schulleitung Grundschule, Frau Denzinger, vom 01.07.2021 verwiesen. Das Schreiben wird dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Im wesentlichen Teil des pädagogischen Schulkonzepts steht dabei der Umzug der Schulverwaltung von der 1. Erweiterung (Bauteil A – Baujahr 1996) in den Altbau, (Bauteil B – Baujahr 1964) die Umgestaltung der ehemaligen Schulverwaltung (Bereich 1. Erweiterung – Bauteil A – Baujahr 1996) und Klassenzimmer mit Nebenräumen sowie Aufenthaltsbereiche der Wiedereinbau von Fachlehrrräumen (z.B. Lehrküche). Das pädagogische Schulraumkonzept sowie die Protokolle der drei Workshops mit den jeweiligen Anmerkungen und Anlagen wurden dem Gremium bereits zu der GR-Sitzung vom 28.5.2020 zugestellt und für diese Sitzung nochmals beigelegt.

Grundlagen für die Grobkostenschätzung der Verwaltung, Stand 17.07.2020, mit ca. 6,22 Mio. € brutto waren die vorliegenden Unterlagen, Brandschutzkonzept von Kersken&Kirchner, München, aus dem Jahr 2013 sowie die Handlungsempfehlung aus 2018 und das pädagogische Gesamtkonzept vom 03.04.2020.

Die Grobkostenschätzung erfolgte auf der Grundlage der vorhandenen Bestandsunterlagen (Bauteil A 1996), Gutachten und Bauteilöffnungen.

Bestandsunterlagen für den Altbau (Bauteil B 1964) sind nicht mehr vorhanden und für die erste Erweiterung entsprechen die Räume in Teilen nicht mehr den tatsächlichen Nutzungen (Fachräume im Untergeschoss sind nun Klassenzimmer).

Im Hinblick auf die ersten Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem pädagogische Gesamtkonzept sowie dem vorliegenden Brandschutzkonzept 2013 sind notwendige Folgemaßnahmen erforderlich (z.B. Einbau von notwendigen Brandschutztüren von den Klassenzimmern in den Flur – Malerarbeiten im gesamten Flur oder nur in Teilen; offene WC-Vorräume zum Flurbereich; maßangefertigte Möblierung mit interaktiven Tafелеlementen etc.).

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachrichtlich weist die Verwaltung daraufhin, dass bei Umsetzung des pädagogischen Gesamtkonzepts eine bauordnungsrechtliche Nutzungsänderung beantragt werden muss, die zur Folge hat, dass die neuen Schulbaurichtlinien eingehalten werden müssen.

Im Hinblick auf die Anregungen aus der Mitte des Gremiums in der Sitzung des Gemeinderates am 22.07.2020, Gebäudeteilflächen wie Dachflächen und Dachanschlüsse zu überprüfen, wurden weitere Bauteilöffnungen sowie weitere Material Beprobungen hinsichtlich Schadstoffe und dergleichen, veranlasst.

Die aktuellen Erkenntnisse, aber auch die pandemiebezogenen Belange, wie Lüftungsanlagen, wurden untersucht und kostenmäßig bewertet.

In der Sitzung des Gemeinderats vom 22.07.2020 stimmte dieser den Sanierungs- und Modernisierungskosten für die Grundschule an der Bahnhofstraße sowie die Grobkostenschätzung, Stand 17.07.2020, mit rund 6,37 Mio. € brutto einschließlich Baunebenkosten brutto (ca. 26%), Umbauzuschlag brutto (ca. 25 %) zu. Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Eine Kostenberechnung ist vorzubereiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Die folgende qualifizierte Kostenschätzung – Kostenberechnung, Stand 28.06.2021, zeigt, mit welchem Kostenansatz die ergänzenden, zusätzlichen Maßnahmen (sowohl Nutzerwünsche als auch die verwaltungsintern erarbeiteten Optimierungsmöglichkeiten) umgesetzt werden könnten. Diese Kostenberechnung beinhaltet ein Kostenvolumen in Höhe von 18,4 Mio. € brutto zuzüglich Baunebenkosten (BauNK werden mit rund 25% angesetzt).

Die qualifizierte Kostenschätzung –Kostenberechnung, Stand 28.06.2021, sowie die Power Point, Stand 28.06.2021, wurden dem Gremium zur Sondersitzung 08.07.2021 bereits zugestellt.

Die von der Verwaltung angedachten Optimierungsmaßnahmen sind teilweise dem Alter der Gebäudeteile aus den Jahren 1964 und 1996 sowie dem aktuellen Instandsetzungs- und Reparaturaufwand geschuldet.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In der Gemeinderatssitzung vom 08.07.2021 wurde beschlossen, dass eventuelle Änderungen oder Ergänzungen durch die Fraktionssprecher erarbeitet werden sollen.

Die Fraktionen haben ihre Anregungen und Hinweise bei der Verwaltung eingereicht. Diese wurden durch das Architekturbüro SSP, Waldkirchen, zusammengestellt und am 06.09.2021 den Fraktionssprechern vorgestellt.

Die zusammenfassenden Unterlagen von Architekturbüro ssp, Stand 07.09.2021, wurden dem Gremium per Email am 07.09.2021 zugestellt.

Folgende Punkte sind durch den Gemeinderat zu entscheiden:

BT A – 1996	Einsparung gem. Zusammenfassung vom 07.09.2021
1. Keine Veränderung der Fassade; nur evtl. „auffrischen“	-1.455.049,00 €
2. im Innenbereich nur notwendige Maßnahmen	-383.393,50
BT B- 1964	
3. Fassade in "blau" mit "geringem" Aufwand, kein Holz	Aufgrund der Vorgaben Bauphysik und im Hinblick auf Nachhaltiges Bauen ist die Fassade zu sanieren. Eine farbliche Gestaltung obliegt dem Bauherrn und kann umgesetzt werden
4. Mosaik bei Eingangsfassade	Sollte das Mosaik an dieser Stelle im Bereich der Fassade erhalten bleiben müssen, ist eine zusätzliche Belichtung der Differenzierungsräume nicht mehrmöglich - Klare Entscheidung gegen das pädagogisches Gesamtkonzept!

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	Teilbereiche Mosaik werden im Innenbereich angebracht + 29.750,00 €
4. Aufbau Photovoltaikanlage	+300.785,51 €
5. Ist der Austausch der Bodenbeläge notwendig?	Austausch der Flurzone / Nassräume / Nebenräume Kommunikationszonen wegen Pädagogischen Gesamtkonzept und Bauakustik notwendig Austausch in Klassenzimmern wg. Bauakustik und z.T. erheblichen Schwellen von bis zu 5 cm zu Flurbereiche (Barrierefreiheit) notwendig Klare Entscheidung gegen das pädagogisches Gesamtkonzept!
Allgemein	
6. Verzicht auf Videoüberwachung	Stellungnahme durch Pädagogisches Konzept -59.143,00 €
7. Verzicht auf Kühlung	Anpassung an Bauteil D (2015) und analog der Ausstattung an der Grundschule an der Mitterfeldallee BT A – 207.844,33 € BT B – 272.000,25 €
8. Bauliche Verbindung zwischen Schule und Hort / MIB	Bauliche Verbindung ist im Planungsumfang Neubau Hort/MiB zu klären; hierbei wird auf die Stellungnahme von Frau Lehner am 06.09.2021 verwiesen

Die Verwaltung weist nachrichtlich daraufhin, dass nach endgültiger Genehmigung des Projekts durch den Gemeinderat folgender Rahmenterminplan erarbeitet wurde:

- Gemeinderatssitzung: **September 2021**
- Einarbeitung Ergebnisse aus Gemeinderatssitzung
- Genehmigungsplanung: Abgabe im Oktober 2021

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Werkplanung: Beginn im September 2021
- Erstes Ausschreibungspaket
Inkl. Wertung und Vergabe Ende 2021 bis 1. Quartal 2022
- Alle weiteren Ausschreibungspakete
sukzessive
- Baubeginn Abriss: Ende 1. Quartal 2022
- Baubeginn Sanierung: Ende 2. Quartal 2022
- Abnahmen: 2./3. Quartal 2024
- Abnahmen / Nacharbeitung bis Juni 2024
- Umzug / Inbetriebnahme: ab Juli 2024
- Wiederaufnahme des Schulbetriebs **Schuljahr 2024/2025**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter stellt den Antrag auf getrennte Abstimmung zu diesem Beschlussvorschlag. Dabei soll die Entscheidung über die Umsetzung bzw. Errichtung einer Photovoltaikanlagen (PV-Anlage) separat gefasst werden.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Antrages zur Geschäftsordnung abstimmen

Beschluss: 23:0

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Inhalt des Geschäftsordnungsantrages abstimmen

Beschluss: 22:1

Nachdem der Geschäftsordnungsantrag angenommen wurde, wird nunmehr die getrennte Abstimmung vorgenommen.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Umsetzung und Errichtung einer PV-Anlage beschlussfassen

Beschluss: 15:8

Die PV-Anlage wird wie vorgeschlagen ausgeführt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und genehmigt das Gesamtprojekt – Umsetzung des pädagogischen Gesamtkonzepts mit Brandschutzsanierung an der Grundschule Bahnhofstraße, Kosten- und

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Sachstand vom 28.06.2021. Die Fraktionen haben bis zum 16.09.2021 noch folgende Rückäußerungen der Verwaltung zukommen lassen, die wie folgt beschlossen werden:

Bauteil A – 1996 – die Fassade soll erhalten bleiben; keine energetische Aufwertung;

Bauteil B – 1964 – die Fassade soll energetisch aufgewertet werden; Keine Holzfassade; Farbgestaltung blau soll erhalten bleiben; das Mosaik soll soweit möglich erhalten bleiben; die Belichtung der dahinterliegenden Differenzierungsräume soll gewährleistet werden.

Alle Innenbereiche (Bauteil A und B – Türen, Bodenbeläge etc.) sollen hinsichtlich der Barrierefreiheit ausgestaltet werden.

Die Videoüberwachung des Außenbereichs soll erhalten bleiben.

Die Gebäudeteile A und B erhalten eine Kühlung. Die Kühlung soll falls möglich, mit der gemeindlichen Geothermie umgesetzt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten hierfür zu ermitteln und dem Gremium zu Entscheidung vorlegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Hinblick auf eine mögliche bauliche Verbindung zum Neubau HIB (Hort/MIB Neubau an der Schulstraße) und der Grundschule gemeinsam mit der Schulberatung, Frau Lehner, und den Planern mögliche Gestaltungsvarianten zu prüfen und dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen.

Alle Fördermöglichkeiten (u.a. EEG, Erneuerbare-Energien-Gesetz, FAG, Finanzausgleichsgesetz etc.) auszuschöpfen.

Die Gesamtkosten in Höhe von 17.3 Mio. € brutto zuzüglich 25 % Baunebenkosten werden genehmigt und sind im UA 21100 entsprechend einzustellen.

AZ 621
Bauamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

202 23 **Nahverkehrsplan LKR München, X-Busse (X 234 und X 235), Anfrage zur möglichen Linienführung in Unterföhring (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)**

Das Gemeinderatsmitglied Herr Wiswesser hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Vorsitzende erinnert an den im Jahr 2020 neu beschlossenen Nahverkehrsplan für den Landkreis München, die darin beschlossene Einführung neuer MVV-Expressbuslinien und an die Stellungnahme der Gemeinde Unterföhring vom 24.04.2020 zum Entwurf der Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Landkreis München.

Die Umsetzung eines Expressbus-Netzes soll neue, schnelle und tangential (Direkt-) Verbindungsmöglichkeiten schaffen.

Die geplanten X-Bus-Linien X234 (von Poing über die Gemeinde Unterföhring zum OEZ) und X235 (von Freising über die Gemeinde Unterföhring bis zur Alten Heide) sollen dabei über die Gemeinde Unterföhring, bis in die Landeshauptstadt München geführt werden.

Beide Linienkonzepte sehen eine Linienwegführung über den S-Bahnhof Unterföhring vor. Besonders für die Umsetzung der X235 wäre die Durchfahrt am S-Bahn-Übergang zwingend erforderlich.

Hierzu wird an den Gemeinderatsbeschluss vom 18.04.1996 erinnert, wonach der Kreisverkehr an der S-Bahn für den Kraftfahrzeugverkehr grundsätzlich gesperrt bleiben soll.

In einem WebEx-Termin am 05.05.2021 wurden Grundsätze der Planung, Linienführung und weiteres Vorgehen bei der Umsetzung der beiden Expressbuslinien durch den MVV und das Landratsamt erläutert und besprochen.

Seitens des Landratsamtes und des MVV wurde die Frage gestellt, ob eine Querung des Kreisverkehrs am Bahnhof und die Linienführung über die Johanneskirchner Straße von der Gemeinde unterstützt wird.

Der Aktenvermerk vom 08.06.2021 zu diesem Termin wurde dem Gremium zugestellt.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss empfiehlt dem Gemeinderat in seiner Sitzung vom 29.06.2021 Nr. 133, der Einführung der Expressbuslinien X234 und X235 grundsätzlich zuzustimmen.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Dennoch ist zur Entlastung des Wohngebietes eine andere Linienführung als über den Kreisverkehr am S-Bahnhof festzulegen, da der Kreisverkehr geschlossen bleibt.

Hierzu sind konkrete Vorschläge seitens MVV und des Landratsamtes vorzulegen.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium nimmt die Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 29.06.2021, Nr. 133, zur Kenntnis und schließt sich der Empfehlung der Einführung der Expressbuslinien X234 und X235 grundsätzlich an.

Dennoch ist zur Entlastung des Wohngebietes eine andere Linienführung als über den Kreisverkehr am S-Bahnhof festzulegen, da der Kreisverkehr geschlossen bleibt.

Hierzu sind konkrete Vorschläge seitens MVV und des Landratsamtes vorzulegen.

AZ 851

Bauamt

203

23

Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche in der Seniorenberatung (Anhebung der Stundensätze)

In Erinnerung gerufen wird der Gemeinderatsbeschluss Nr. G 761 vom 14.09.2006, mit dem die Höhe der Aufwandsentschädigungen für in der Seniorenberatung tätige Ehrenamtliche, festgelegt wurde. Damals wie heute besteht im Rahmen der Betreuungsmöglichkeiten für Senioren zu Hause in Unterföhring ein reichhaltiges Angebot der örtlichen Organisationen und Vereine. Zur Aufrechterhaltung und dem weiteren Ausbau dieser Betreuungsmöglichkeiten leisten Ehrenamtliche einen nicht wegzudenkenden Beitrag. Aus vorgenannten Gründen und einem seit dem Jahr 2006 spürbar veränderten Preisniveau, nicht zuletzt aber auch als Anerkennung und Würdigung der geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeiten, erscheint die Anhebung der seit September 2006 unveränderten Stundensätze angemessen und gerechtfertigt. Im Rahmen des § 3 Nr. 26 Einkommensteuergesetz (EstG) hat der Gesetzgeber dazu auch die bis 31.12.2020 geltende Ehrenamtpauschale von bis dahin 2.400 EUR, ab 01.01.2021 auf 3.000 EUR, angehoben.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für die Hilfe in Haus und Garten (hauswirtschaftliche Versorgung, wie z. B. Wohnungsreinigung, Kochen, Schneeräumen u.a.m.) und den Begleitdienst (Fahrdienst, z. B. zum Arzt) sollen die Stundensätze daher angepasst werden.

Für die Hilfe in Haus und Garten wird bislang ein Stundensatz von 10 EUR vergütet. Vorschlag neu: 13 EUR.

Für Fahrdienste wird bislang ein Stundensatz von ebenfalls 10 EUR vergütet. Vorschlag neu: 12 EUR.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Stundensätze für die Hilfe in Haus und Garten auf 13 EUR und für den Fahrdienst auf 12 EUR, mit Wirkung ab dem 01.10.2021 anzuheben.

Haushaltsmittel sind auf der Haushaltsstelle 43110.4080 eingestellt.

Beschluss: 23 : 0

Wie seitens der Verwaltung vorgeschlagen werden die Stundensätze für die Hilfe in Haus und Garten auf 13 EUR (bisher 10 EUR) und für den Fahrdienst auf 12 EUR (bisher 10 EUR) mit Wirkung vom 01.10.2021 angehoben.

AZ 417
Hauptamt

204

23

Erlass der Förderrichtlinie zur Einführung eines Mehrweggeschirr-Systems in Unterföhring

Der Erste Bürgermeister verweist auf den Beschluss Nr. 192 vom 15.07.2021, indem die Verwaltung beauftragt wurde, Zuschussrichtlinien für die Einführung von Mehrweggeschirr-Systemen zu erarbeiten.

Geplant ist eine Förderung von je bis zu 500 € für alle ortsansässigen Gastronomen und lebensmittelverarbeitenden Unternehmen als Anreiz zur zeitnahen Einführung eines Mehrweggeschirr-Systems für Essen und Trinken zum Mitnehmen.

Gefördert werden sollen anteilig die finanziellen Aufwendungen für die Einführung (Anschaffungskosten) und Aufrechterhaltung (z.B. monatliche Nutzungskosten) von einem eigenen oder schon vorhandenen Geschirr-Mehrwegsystem. Eine Förderung ist nur dann möglich, wenn sich mindestens drei wirtschaftlich voneinander unabhängige Unternehmen in Unterföhring das

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

gleiche Geschirr anschaffen oder an einem gleichen bestehenden System teilnehmen. Die Betriebsstätte muss sich auf dem Gemeindegebiet befinden. Die Unternehmen müssen garantieren, dass die Anschaffung dem Ersatz von Einweggeschirr dient und sie es mindestens ein Jahr nutzen werden. Da es ab dem 01.01.2023 für alle essensausgebenden Betriebe gesetzlich verpflichtend ist, ein Mehrweg-Geschirr anzubieten, wenn die Betriebsstätte größer als 80 m² ist und mehr als 5 Mitarbeiter hat, wurde das Förderprogramm zeitlich befristet bis zum 31.03.2022. Bis zu diesem Zeitpunkt muss die Maßnahme auch schon initiiert und der Antrag bei der Gemeinde eingereicht sein. Die Auszahlung erfolgt dann nach positivem Bescheid und nach Abschluss der Maßnahme (spätestens nach einem Jahr in Bezug auf die Mietkosten). Der Entwurf der Förderrichtlinie zur Einführung eines unternehmensübergreifenden Mehrweggeschirr-Systems im Gemeindegebiet sowie der Entwurf des Antragsformulars wurde dem Gremium zugestellt.

Aktuell findet die Ausstellung von Mehrweggeschirr verschiedener Anbieter vom 31.08.2021 bis zum 25.09.2021 zur Information der Gastronomen im Bürgerhaus statt.

Die Kosten für die Förderung von 40.000 € sind auf der HH-Stelle 11420.7182 bereitgestellt.

Beschluss: 23 : 0

Das Gremium stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Förderrichtlinien zur Einführung eines unternehmensübergreifenden Mehrweggeschirr-Systems zu. Die Förderrichtlinie tritt rückwirkend zum 01.06.2021 in Kraft und wird bis zum 31.03.2022 befristet.

Die Verwaltung wird zu allen weiteren erforderlichen Schritten beauftragt.

Die Kosten sind unter der Haushaltsstelle 11420.7182 einzustellen.

AZ 1761
Bauamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- 205 23 **Antrag des FamilienHaus Unterföhring e. V., Teile der Räumlichkeiten im Gebäude der freiwerdenden Kinderkrippe Föhringer Allee 13 bis auf Weiteres dem Trägerverein FamilienHaus Unterföhring e. V. zur Nutzung als Familienzentrum zur Verfügung zu stellen**

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachstand und gibt den Antrag des Vereins FamilienHaus Unterföhring e.V. vom 13.05.2021 an den Gemeinderat auf Nutzung von Räumlichkeiten für ein Familienzentrum bekannt.

Der Antrag ist dem Gremium mit den Sitzungsunterlagen zugegangen.

Sachstand:

Bislang verfügt der Verein FamilienHaus Unterföhring e.V. über eine Geschäftsstelle in der Pfarrvilla, Kirchweg 1. In dieser Räumlichkeit erfolgt u.a. auch eine Mütterberatung.

Im Feringahaus, St.-Florian-Str. 2, fanden und finden diverse Kurse zur Geburtsvorbereitung/Rückbildung statt, ebenso Infoveranstaltungen für Eltern und ein generationenübergreifendes Projekt, das wie viele andere Präsenz-Angebote in Zeiten der Corona-Pandemie zunächst entfallen musste. Eine weitere Gruppe des Familienhauses nutzt einmal wöchentlich die Kinder- und Jugendfarm für ein regelmäßiges Treffen von Kleinkindern und deren Eltern.

Die evangelische Kirche bot den Mitgliedern des Vereins ebenfalls Räumlichkeiten für Gruppenangebote an. Unser Kenntnisstand hierzu ist, dass keine Veranstaltungen mehr in der Kirche erfolgen.

Ein geplanter PEKIP-Kurs im Bürgerhaus wurde vom Verein eingestellt, da die Örtlichkeit als nicht adäquat erlebt wurde. Die Mitnutzung des Büros des Seniorenbeirats, St.-Valentin-Weg 20, erfolgte unserer Kenntnis nach nicht.

Der Auszug der Kinder aus der integrativen Kinderkrippe Föhringer Allee erfolgt auf Grund des Weichens vom Standort wegen des Neubaus des Rathauses an dieser Stelle.

Zum momentanen Zeitpunkt ist von einem Auszug im ersten Quartal des Jahres 2022 auszugehen. Im Anschluss soll im Laufe des Jahres 2022 mit der Baustelleneinrichtung (BE) für den Neubau des Rathauses in der Föhringer Allee begonnen werden. Dies beinhaltet u.a. den Abriss des Gebäudes.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag:

„Der Gemeinderat möge bitte beschließen:

Teile der Räumlichkeiten im Gebäude der freiwerdenden Kinderkrippe Föhringer Allee 13 werden bis auf Weiteres dem Trägerverein FamilienHaus Unterföhring e.V. zur Nutzung als Familienzentrum zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Wir sind uns sicher, dass Ihnen die Weiterentwicklung der Infrastruktur für Familien am Ort sehr wichtig ist. Die Lebenssituation von Familien und daraus folgend die Anforderungen und auch Herausforderungen ändern sich stetig. Durch die Corona-Pandemie ist eine Unterstützung für Familien wichtiger denn je. Familien und Kinder sind seit über einem Jahr von gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und könnten so wieder stärker Vernetzung und Gemeinschaft erfahren.

Der Trägerverein FamilienHaus Unterföhring e.V. benötigt für die Durchführung seiner Angebote Räumlichkeiten. Nicht nur für das Herzstück eines Familienzentrums, den Offenen Treff, ebenso für die weitere Durchführung der Hebammensprechstunde, Stillberatungen, Rückbildungsgymnastik, Geburtsvorbereitung sowie weiteren Angeboten werden geeignete Räumlichkeiten dringend benötigt.

Aufgrund des Umzugs der integrativen Kinderkrippe in die Straßäcker Allee 15, bietet sich eine Folgenutzung der aufwendig gestalteten Interimseinrichtung in der Föhringer Allee 13 an. Die Räumlichkeiten müssten dort außerdem nicht mehr familien- bzw. kindertauglich gemacht werden. Stellplätze für Kinderwagen sowie geeignete Außenanlagen sind ebenfalls bereits vorhanden.“

Beschluss: 14 : 9

Dem Antrag auf Nutzung von Räumlichkeiten im Gebäude der Föhringer Allee 13 wird nicht entsprochen, da es als BE-Fläche für den Rathaus-Neubau weichen muss.

AZ 611
Hauptamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

206 23 **Antrag des 1. Schwimmvereins an den Gemeinderat auf Änderung des Belegungskonzeptes des Bewegungsbades im St. Valentinshof.**

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachverhalt und gibt den Antrag des 1. Schwimmvereins Unterföhring e.V. vom 28.07.2021 an den Gemeinderat, auf Änderung des Belegungskonzeptes des Bewegungsbades im St. Valentinshof bekannt.

Der Antrag ist dem Gremium mit dieser Sitzungsvorlage zugegangen.

„Sachstand:

Der Schwimmverein gibt seit 2018 Aquafitnesskurse im Bewegungsbad. Die Personengruppe besteht überwiegend aus Mitgliedern ÜSO. Darunter sind viele mit Schwerbehinderung oder Erkrankungen, die Sport an Land nicht zulassen.

Vor Corona fanden im Bewegungsbad zusätzlich Kinderschwimmkurse für älterer Kinder statt, die in 1,30m hohen Wasser stehen können.

Es gibt Nachfrage nach weiteren Aquafitnesskursen, Schwangeren-Aquafitness, Baby- und Kleinkinderschwimmen.

or Corona blieb das Bewegungsbad an Nachmittagen ungenutzt mit Ausnahme der Belegung durch den Schwimmverein.

Es gibt eine enorme Nachfrage nach Kinderschwimmkursen, da zwei Jahrgänge durch die Pandemie keine Schwimmkurse machen konnten.

Der Schwimmverein hat seit März 2020 keinen Sportbetrieb mehr. Es stehen derzeit keine anderen Wasserflächen zur Verfügung. Der Schwimmverein hat vier ausgebildete und zertifizierte Schwimmlehrerinnen, die sich engagieren wollen.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Schwimmverein Unterföhring das Bewegungsbad im St. Valentinshof für Angebote aller Altersgruppen nutzen darf, insbesondere für Schwangeren-Aquafitness, Kinderschwimmkurse und Baby- und Kleinkinderschwimmen.

Begründung:

Schwimmen ist eine Grundfertigkeit, die zur allgemeinen Ausbildung von Kindern gehört. Da die Schulen in Unterföhring aufgrund eines fehlenden Hallenbades kein ausreichendes Schwimmangebot machen können, sind die Bürger*innen auf die Angebote des Schwimmvereins angewiesen, oder müssen sich in Nachbargemeinden Angebote suchen. Da pandemiebedingt zwei Jahrgänge keine Schwimmbildung erhielten, würden wir gerne die vorhandenen Wasserflächen in der Gemeinde nutzen.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine wichtige Voraussetzung für das Schwimmenlernen ist die Wassergewöhnung. Kinder, die bereits beim Babyschwimmen und Kleinkinderschwimmen waren, lernen später sehr leicht und schnell Schwimmen. Deswegen zählen Baby- und Kleinkinderschwimmen bereits als echte Schwimmkurse. Die VHS bietet seit Jahren Babyschwimmen im Bewegungsbad an. Sie allein kann den Bedarf in Unterföhring nicht abdecken. Deswegen erreichen den Schwimmverein eine Menge Anfragen. Wir haben eine ausgebildete Fachkraft, die gerne loslegen würde. Die Hälfte der 10-jährigen Kinder kann nicht sicher Schwimmen. Der Tod durch Ertrinken und der Badetod sind die häufigste Todesursache bei Kindern. Unterföhring, mit so viel Wasser (Feringasee, Poschinger Weiher, Isar und Isarkanal) trägt für seine Kinder und deren Schwimmfähigkeit eine besondere Verantwortung. Die bayerische Staatsregierung hat beschlossen, Kinderschwimmkurse mit 50,- € pro Kind zu fördern, da sie die Notlage im Bereich der Schwimmfähigkeit der Kinder als ernst einschätzt. Im Bereich Aquafitness ist die Nachfrage ebenfalls groß. Wir sind bereits dabei, weitere Aquafitnesstrainer*innen zu rekrutieren. Wir könnten mühelos noch mehr Kurse anbieten. Die große Nachfrage liegt wohl auch daran, dass die Menschen während Corona stark zugenommen haben. Für Menschen mit Übergewicht ist Bewegung im Wasser häufig die einzige gesundheitsfördernde Sportmöglichkeit. Der Schwimmverein Unterföhring leistet durch seine professionelle und engagierte Arbeit einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag zur Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern und für gesundheitsförderlichen Sport. Wir bitten deshalb die Gemeinde um Unterstützung bei der Nutzung der bereits vorhandenen Ressourcen.“

In diesem Zusammenhang bringt der Erste Vorsitzende den Gemeinderatsbeschluss vom 13.11.2008, Nr. 121, sowie die Bekanntmachung vom 21.09.2017, Nr. 624, in Erinnerung.

Bei steigender Belegung erhöhen sich die laufenden Unterhaltskosten.

Nachrichtlich möchte die Verwaltung daraufhin weisen, dass bei Zustimmung zum Antrag des Schwimmvereins die Benutzungsordnung des Bewegungsbades geändert werden muss.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachvortrag und stimmt dem Antrag des 1. Schwimmvereins auf Änderung des Belegungskonzepts des Bewegungsbades im St. Valentin-Hof vom 28.07.2021 grundsätzlich zu.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Benutzungsordnung entsprechend zu ändern und dem Gemeinderat zur abschließenden Genehmigung vorzulegen.

AZ 481
Bauamt

23 Kindertagesstätte an der Straßäckerallee 15

AZ 611
Bauamt

207 23 Kindertagesstätte an der Straßäckerallee 15 Umgestaltung der Außenanlagen

Der Vorsitzende berichtet über den aktuellen und künftigen Stand der Kinderbetreuungssituation in Unterföhring. Hierzu verweist der Vorsitzende auf die Beschlusslage des Gemeinderates und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 15.04.2021, Nr. 115, in Erinnerung. Auf Grund der Vorgaben durch das Sachgebiet Bildung, Familie und Soziales wurden mit dem Architekten Herrn Hall, München und Frau Mahner SG Leitung, mehrere Besprechungen und Ortsbesichtigungen durchgeführt.

Der bisher genehmigte Kostenrahmen belief sich gemäß einer Kostenberechnung durch das Architekturbüro Hall, vom 07.04.2021 für die Außenanlagen auf 139.819,05 € brutto. Dieses Kostenbudget hatte bereits die Auflagen des LRA, notwendiger Kinderwagenabstellplatz sowie die Spielterrassen und deren Umzäunung im EG Westflügel, beinhaltet.

Darüber hinaus sind für Spielplatzausstattungen pauschal 10.000 € für den Bereich MIB und 50.000 € für den Bereich Kindergarten/ Kinderkrippe berücksichtigt.

Aufgrund weiterer gemeinsamer Begehungen der Einrichtung, wurde das bepreiste Leistungsverzeichnis durch das Architekturbüro Hall, München, vorgelegt, das nun mit 302.968,05 € brutto abschloss.

In der Stellungnahme zur Kostenmehrung vom 08.07.2021 führte Herr Hall aus, dass sowohl durch die künftige Einrichtungsleitung als auch die Verwaltung-

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Sachgebiet Bildung, Familie und Soziales- die zusätzlichen Ausstattungen pädagogisch für sinnvoll und notwendig erachtet.

Dadurch werden weitere überplanmäßige Ausgaben wie folgt notwendig:

Genehmigungsstand 15.04.2021, Nr. 115	139.819,05 € brutto
pädagogisch gewünscht	163.149,00 € brutto
zzgl. Baunebenkosten.	

Aus zeitlichen Gründen wurde seitens der Verwaltung nur das genehmigte Budget ausgeschrieben. Am 08.09.2021 erfolgte die Angebotseröffnung für das genehmigte Kostenbudget.

Zum Submissionstermin wurde nur ein Angebot eingereicht. Nach aktueller Wertung schließt dieses Angebot mit rund 170.000 € brutto ab. Da noch ein Bieteraufklärungsgespräch stattfinden muss, kann die Verwaltung aktuell noch keine abschließende Wertung vornehmen. Sollte das Bietergespräch ergeben, dass das Angebot technisch und formal angenommen werden kann, wird die Verwaltung eine Vergabe für die nächste Gremiumssitzung vorbereiten. Sofern die Wertung zu einer negativen Entscheidung führt, muss die Maßnahme erneut ausgeschrieben werden. Nachrichtlich möchte die Verwaltung darauf hinweisen, dass erst im Frühjahr 2022 mit einer Fertigstellung der Außenanlagen zu rechnen ist.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die vorsorglich eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € auf der Haushaltsstelle 21111.9420 für diese Maßnahme nicht ausreichen. Diese geplanten Kosten sind nicht im Haushaltsjahr 2021 eingestellt und es fallen somit überplanmäßige Kosten an. Die überplanmäßigen Kosten sind auf den Haushaltsstellen der Mittagsbetreuung 21111.9420, 21111.9490 sowie auf den Haushaltsstellen des Kinderhauses Straßäckerallee 15 46432.9420, 46432.9490 zu verbuchen.

Zur Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzung am 16.09.2021, wurden dem Gremium am 14.09.2021 Planungsunterlagen des Architekten Herrn Hall, zu der Umgestaltung der Außenanlagen des Kinderhauses an der Straßäckerallee 15 in Form einer Power Point Präsentation zugestellt.

In der heutigen Sitzung erläutert Architekt Herr Hall die geplante Umbaumaßnahme und steht dem Gremium für Fragen zur Verfügung.

Beschluss: 23 : 0

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt sowie der Erläuterung des Architekten Herr Hall am 16.09.2021 und stimmt der Erhöhung der überplanmäßigen Ausgaben für den Außenbereich - Kinderhaus Straßäckerallee 15 in Höhe von 163.149,00 € brutto zzgl. Baunebenkosten zu.

Die überplanmäßigen Kosten in Höhe von 163.149,- brutto zzgl. BauNK sind auf den Haushaltsstellen für das Haushaltsjahr 2021 der Mittagsbetreuung 21111.9420, 21111.9490 sowie auf den Haushaltsstellen des Kinderhauses Straßäckerallee 46432.9420, 46432.9490 zu verbuchen.

Für das Haushaltsjahr 2022, sind diese Kosten fortzuschreiben und für das Haushaltsjahr 2022 bei den Mittelanmeldungen entsprechend einzustellen.

AZ 611
Bauamt

208

23

Kindertagesstätte an der Straßäckerallee 15 **Erhöhung des Budgets für die Umbaumaßnahmen**

Der Vorsitzende berichtet über den aktuellen und künftigen Stand der Kinderbetreuungssituation in Unterföhring. Hierzu verweist der Vorsitzende auf die Beschlusslage des Gemeinderates und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 15.04.2021, Nr. 115, sowie auf die Bekanntmachung vom 12.05.2021, GNr. 168, in Erinnerung.

Der bisher genehmigte Kostenrahmen belief sich gemäß einer Kostenberechnung durch das Architekturbüro Hall, vom 07.04.2021 für die Umbaumaßnahmen auf 971.416,99 € brutto zzgl. Baunebenkosten.

Aufgrund der erfolgten Darstellung von Herrn Hall sowie in Kenntnis der beabsichtigten Maßnahmen erklärte Herr Tänzer, Firma Kleusberg, dass grundsätzlich ein firmeninterner Vorlauf von vier bis sechs Monaten notwendig sei, die von der Gemeinde Unterföhring angestrebten Umbaumaßnahmen zu organisieren. Mit der Umsetzung der Maßnahme könnte frühestens im September/Oktober 2021 begonnen werden.

Die Firma Kleusberg ist der General Errichter des Kinderhauses an der Straßäckerallee 15 im Jahr 2017 und für den Umbau in 2018.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund der geschlossenen Werkverträge beläuft sich die Gewährleistungsfrist nach VOB bis 16.11.2021 bzw. bis 2022 (Umbau von Hort auf 2-Gruppen Kindergarten zum 01.09.2018).

Jegliche bauliche Veränderung insbesondere, die der Ausbaugewerke, ist bis zum Ablauf der Gewährleistungszeit primär durch die Errichterfirma durchzuführen, um den Gewährleistungsanspruch der Gemeinde aufrechtzuerhalten.

Die ersten Umbaumaßnahmen im Jahr 2018 wurden aus diesem Grund bereits mit der Firma Kleusberg durchgeführt.

Bei einem Eingriff durch andere Ausbaufirmen verliert die Gemeinde Unterföhring einen Gewährleistungsanspruch möglicherweise sogar auf bestehende Gewerke.

Durch den Gemeinderat ist nun kurzfristig das weitere Vorgehen abzustimmen. Sofern aufgrund des aktuellen Bedarfs ein Zeitverzug für die Gemeinde schädlich wäre, müsste versucht werden, die jeweiligen Ausbaugewerke beschränkt auszuschreiben und entsprechend umzusetzen, damit die ursprünglich angedachte Zeitschiene annähernd eingehalten werden kann.

Nachrichtlich weist die Verwaltung daraufhin, dass aufgrund der aktuellen Pandemielage mit erhöhten Lieferzeiten bei Bau- und Ausstattungsmaterialien gerechnet werden muss. Fraglich ist auch, ob die Umsetzung außerhalb der Firma Kleusberg aufgrund der Lieferprobleme eine kürzere Ausführungszeit beinhalten würde. Das Architekturbüro Hall wurde seitens der Verwaltung gebeten, vorab eine Markterkundung hinsichtlich Ausführungs- und Lieferzeiten durchzuführen. Ein abschließendes Ergebnis liegt leider noch nicht vor.

Mit Email vom 11.05.2021 teilte Herr Architekt Hall mit, dass eine Einzelvergabe in allen Bereichen möglich wäre, wenn die Vorlaufzeit ca. 3 Monate beträgt. Arbeitsbeginn könnte dann Mitte/Ende September 2021 sein und somit bei sehr günstigen Bedingungen die Nutzung im Januar 2022 erfolgen.

Sofern eine Umsetzung der Umbaumaßnahmen bis Ende des Jahres bzw. Anfang 1. Quartal 2022 erfolgen könnte, hält die Verwaltung es für

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

ratsam, die geplanten Umbaumaßnahmen in den Projektablauf der Firma Kleusberg einzubinden. Bei der Variante - Einzelvergabe müsste die Gemeinde die Fa. Kleusberg haftungsfrei stellen.

Gemäß der Stellungnahme des zuständigen Sachgebietes für Schulen und Soziales vom 12.5.2021, wäre seitens der Einteilung der Kinder in die diversen Betreuungseinrichtungen noch möglich.

Die Verwaltung wird mit der Firma Kleusberg, die weiteren Umbaumaßnahmen unter Aufrechterhaltung der bestehenden Gewährleistungen durchführen.

Im Hinblick auf Beschlusslage und zur Einhaltung der Gewährleistung, wurde dem Gemeinderat am 15.5.2021 mitgeteilt, dass mit der Firma Kleusberg, die weiteren Umbaumaßnahmen unter Aufrechterhaltung der bestehenden Gewährleistungen durchgeführt werden und die Firma Kleusberg mit der Durchführung der Maßnahme beauftragt wird.

Das am 12.08.2021 vorgelegte Kostenangebot, basierend auf der vorgelegten Planung vom 08.04.2021 beläuft sich auf insgesamt 1.108.442,16 € brutto zzgl. BauNK.

Damit werden weitere überplanmäßige Ausgaben wie folgt notwendig:

Genehmigungsstand 15.04.2021, Nr. 115.	971.416,99 € brutto
Angebot Fa. Kleusberg vom 12.08.2021	1.108.442,16 € brutto

zusätzliche überplanmäßige Kosten	137.025,17 € brutto
-----------------------------------	---------------------

zzgl. Baunebenkosten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die vorsorglich eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € auf der Haushaltsstelle 21111.9420 für diese Maßnahme nicht ausreichen. Diese geplanten Kosten sind nicht im Haushaltsjahr 2021 eingestellt und es fallen somit überplanmäßige Kosten an. Die überplanmäßigen Kosten sind auf den Haushaltsstellen der Mittagsbetreuung 21111.9420, 21111.9490 sowie auf den Haushaltsstellen des Kinderhauses Straßäckerallee 15 46432.9420, 46432.9490 zu verbuchen.

Beschluss: 23 : 0

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt sowie der Erläuterung des Architekten Herr Hall am 16.09.2021 und stimmt der Erhöhung der überplanmäßigen Ausgaben für die Umbaumaßnahmen – Kinderhaus - Straßäckerallee 15 in Höhe von 1.108.442,16 brutto zzgl. Baunebenkosten zu.

Die überplanmäßigen Kosten in Höhe von 137.025,17 € brutto zzgl. BauNK sind auf den Haushaltsstellen für das Haushaltsjahr 2021 der Mittagsbetreuung 21111.9420, 21111.9490 sowie auf den Haushaltsstellen des Kinderhauses Straßäckerallee 46432.9420, 46432.9490 zu verbuchen.

AZ 621
Bauamt

209 23 **Entlastung des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2020**

Der Erste Bürgermeister Herr Kemmelmeier (in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler (als Mitglieder des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sind bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt. Sie sind gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Herr Manfred Axenbeck als dienstältestes Gemeinderatsmitglied.

Der Vorsitzende verweist auf die Beteiligungsberichte 2020, in denen die Beteiligungen der Gemeinde Unterföhring an der GEOVOL Unterföhring GmbH erläutert sind. Neben dem Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden des Aufsichtsrates befinden sich vier weitere Gemeinderatsmitglieder sowie Herr Prof. Dr. Greulich im Aufsichtsrat der GmbH.

Der Vorsitzende verweist ebenfalls auf die Jahresabschlussunterlagen 2020, insbesondere die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurden.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses (Art. 107 GO), der entsprechend der für eine große Kapitalgesellschaft geltenden Vorschriften (Art. 94 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO i. V. m. § 267 Abs. 1 HGB) durchgeführt wurde, hat der Aufsichtsrat den Wirtschaftsprüfer Herrn Helmut Wiedemann beauftragt. Die erstellten Prüfberichte (inkl. Anlagen) sowie die abschließenden Prüfstate lagen während der Sitzung aus und sind für die Gremiumsmitglieder in der Finanzverwaltung nach Terminvereinbarung einsehbar. Die Prüfung ergab eine ordnungsgemäße Geschäftsführung, daher empfiehlt der Wirtschaftsprüfer die Entlastung des Geschäftsführers.

In der 116. Aufsichtsratssitzung am 09.07.2021 hat sich der Aufsichtsrat bereits mit dem Jahresabschluss 2020 befasst und gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 4 des Gesellschaftervertrags für die GEOVOL Unterföhring GmbH den Jahresabschluss 2020 festgestellt und in der Folge gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 1 des Gesellschaftervertrags die Geschäftsführung entlastet sowie entsprechende Beschlüsse über die Ergebnisverwendung gefasst.

Grundlage des Gesellschaftervertrags vom 24.07.2007 war die entsprechende Beschlussfassung im Gemeinderat vom 12.07.2007, mit der die entsprechenden Aufgaben an den Aufsichtsrat übertragen wurden.

Die Entlastung des Aufsichtsrats übernimmt gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Gesellschafterversammlung. 100%-ige Gesellschafterin ist die Gemeinde Unterföhring, und damit übernimmt der Erste Bürgermeister gemäß Art. 38 Abs. 1 GO die alleinige Gesellschaftervertretung. Der Erste Bürgermeister entlastet folglich gem. § 12 Absatz 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Da der Erste Bürgermeister in Personalunion sowohl alleiniger Gesellschaftervertreter als auch Aufsichtsratsvorsitzender ist, kann die allgemeine Ermächtigung des Gesellschaftervertreters zur Entlastung des Aufsichtsrats nicht für den Aufsichtsratsvorsitzenden gelten. Die Entlastung des Ersten Bürgermeisters in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender obliegt daher dem Gemeinderat.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Prüfbericht zur Jahresrechnung 2020, die Feststellung der Jahresrechnung 2020 sowie die Entlastung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat zur Kenntnis und genehmigt diese hiermit.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat spricht zudem dem Ersten Bürgermeister in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenden sowie dem Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2020 die Entlastung aus.

Der Erste Bürgermeister sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler haben sich gemäß Art. 49 Abs. 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

AZ 9111
Finanzen

210 23 **Gemeindeeigenes Objekt Am Bahnhof 2 - ehemals Zindlerhaus;
Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Sachstandbericht und Beschluss Gemeinderates vom 21.09.2017, Nr. 620, sowie das E-Mail-Schreiben des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege Z 1 Bayerische Denkmalliste und Denkmaltopographie vom 14.08.2017, mit welchem erklärt wurde, dass das Zindlerhaus die Voraussetzungen der Art. 1 Abs. 1 und 2 BayDSchG (Bayerisches Denkmalschutzgesetz; Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler) erfüllt und somit als Baudenkmal eingestuft wurde.

Das Zindlerhaus wurde mittlerweile unter „D-1-84-147-11: Am Bahnhof 2 – ehem. Bahnbedienstetenhaus, sog. Zindlerhaus, zweigeschossiger Walmdachbau in neuklassizistischen Formen, um 1920/1925“ in der Denkmalliste nachgetragen.

Bislang war das Erdgeschoss bis zum 31.03.2021 an die Caritas, München, vermietet, im 1. Obergeschoss befinden sich zwei Ateliers, die an Unterföhringer Künstler vermietet sind

Aufgrund dieser Entwicklung und im Hinblick auf die Haushaltsmittelanmeldungen 2021, kann das Sanierungskonzept aufgenommen werden.

Hierfür wurde das Architekturbüro Kopp, München, mit der Grundlagenermittlung durch die Verwaltung auf Stundenbasis beauftragt.

Die Verwaltung hat hierzu zu den Haushaltsberatungen 2020 im November 2019 erstmals das Sanierungskonzept des Architekturbüros Kopp, München, vorbereitet. Die geschätzten Kosten hierfür wurden bereits in den Haushalt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2021, im Finanzplan 2022 und 2023 bei den HHSt. 88110.9421 ff mit insgesamt 825.000,- € eingestellt.

Das Sanierungskonzept sowie eine aktualisierte Kostenschätzung wurde durch Herrn Architekt Kopp in Abstimmung mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege erarbeitet. Die dabei bereits 2019 und am 13.07.2021 gestellten Fragen an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, Herrn Dr. Hermann, werden derzeit noch bearbeitet und stehen aktuell noch nicht zur Verfügung

Folgende Fragen wurden dabei ergänzend zu 2019 erstellt:

1. Kann einer Nutzung des unter Denkmalschutz stehenden Zindlerhauses für Wohnen, im Erdgeschoss und Obergeschoss, aus denkmalfachlicher Sicht zugestimmt werden?
2. Kann einer Nutzung des unter Denkmalschutz stehenden Zindlerhauses, für Verwaltung, im Erdgeschoss und Obergeschoss aus denkmalfachlicher Sicht zugestimmt werden?
3. Kann einem Ausbau und Nutzung des unter Denkmalschutz stehenden Zindlerhauses im Dachgeschoss, für Verwaltung aus denkmalfachlicher Sicht zugestimmt werden?
4. Kann einem direkten Anbau an das Einzelbaudenkmal an der Nordöstlichen Fassade, als zweigeschossiges Erschließungs- und Verbindungsbau mit einer Höhenentwicklung bis unter den Traufkasten des Einzelbaudenkmals, aus denkmalfachlicher Sicht zugestimmt werden?
5. Kann einem anschließenden Anbau an das Einzelbaudenkmal an der Nordöstlichen Fassade, als zweigeschossiges Gebäude aus denkmalfachlicher Sicht zugestimmt werden?
6. Kann einer Erschließung des Obergeschosses, über den Erschließungs- und Verbindungsbau mit baulicher Änderung des nordöstlichen Fensters zu einer Türe aus denkmalfachlicher Sicht zugestimmt werden?

Herr Architekt Kopp erläutert die Planungsgedanken und steht dem Gremium am 13.9.2021 für Fragen zur Verfügung. Die Planungsunterlagen aus 2019/2021, die gleichzeitig Grundlage für die Anfrage beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege waren, wurden dem Gremium zugestellt.

Am 13.09.2021 hat Herr Architekt Kopp, Planungsunterlagen mittels einer Power Point Präsentation in der Vorunterrichtung erläutert. Die aktuelle Power Point Präsentation „Entwurfsfortschreibung September 2021“ wurde dem Gremium am 14.09.2021 nachgereicht.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Sofern durch den Gemeinderat die Entscheidung getroffen wird, das Objekt Am Bahnhof 2 – Zindlerhaus, unter Berücksichtigung der Anforderungen des Landesamtes für Denkmalpflege zu sanieren, schlägt die Verwaltung vor, die Objektplanung ab Lph 2 – Vorplanung - nach HOAI im Rahmen einer beschränkten Angebotsaufforderung auszuschreiben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Nutzung mit Wohnraum eine Variante darstellt und dies durch den Gemeinderat zu entscheiden ist. Ebenso können auch wieder Räumlichkeiten für anderweitige Nutzungen (z.B. Beratungsstelle, Ateliers etc.) geplant werden.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind unter der Haushaltstelle 88100.9421 ff im Haushaltsjahr 2022 sowie für die Finanzjahre ab 2023 entsprechend einzuplanen.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis am vom Sachvortrag des Architekten Herrn Kopp, München am 13.9.2021 und stimmt einer Sanierung des Objekts Am Bahnhof 2 – Zindlerhaus - unter Berücksichtigung der Anforderungen des Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege mit folgenden Anregungen und Hinweisen zu:

- Die Planungsüberlegung einen Erweiterungsbau zu realisieren, wird vorerst zurückgestellt.
- Die Sanierung soll sich auf das notwendigste beschränken.
- Die Nutzung soll als Ateliers vorgesehen werden.
- Das Dachgeschoss ist zu sanieren und nicht auszubauen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Objektplanung ab Lph 2 – Vorplanung - beschränkt auszuschreiben. Eine Konzeptvorstellung unter Berücksichtigung der aufgestellten Fragen an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wird dem Gremium nach Vorliegen zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind unter der Haushaltstelle 88100.9421 ff im Haushaltsjahr 2022 sowie für die Finanzjahre ab 2023 entsprechend einzuplanen.

AZ 621
Bauamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

211

23

**Bebauungsplan Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03
„Unterföhring Süd“ Straßäckerallee; Abwägungsbeschluss gemäß § 3
Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB und erneuter Satzungsbeschluss**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Leitner hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Bürgermeister erinnert an den Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee vom 10.06.2021, Nr. 173, und teilt hierzu mit, dass anschließend das Landratsamt München auf die Gemeinde zugekommen sei und mitgeteilt habe, dass die Eingabeplanung zum Neubau der Feuerwehr geringfügig den Festsetzungen des Bebauungsplanes (z.B. Festsetzung von Nebengebäuden südlich und nördlich des Grundstückes mittels Baufenster, Anpassung von Wandhöhe auf dem Grundstück etc.) abweicht und eine erneute Auslegung empfohlen hat.

Aus diesem Grund wurde eine weitere Auslegung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt, um die Festsetzungen des Bebauungsplanes und die Eingabeplanung in Einklang zu bringen. Mit dieser erneuten Auslegung ist kein Zeitverzug für das Bauvorhaben verbunden.

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee, in der Fassung vom 10.06.2021 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 12.07.2021 bis einschließlich 13.08.2021 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 12.07.2021 bis einschließlich 13.08.2021 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Die Planzeichnung des Bebauungsplans wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die gesamten Bebauungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring (<http://www.unterfoehring.de/bauleitplanung-oeffentlichkeitsbeteiligung/in-aufstellung/bplannr73c-20/>) eingestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1. Landratsamt München
2. Eisenbahn-Bundesamt Außenstelle München
3. Wasserwirtschaftsamt München
4. SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG
5. Deutsche Bahn
6. Bayernwerk Netz GmbH
7. Kabel & Medien Service

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 17.8.2021 wird mit folgendem Inhalt bekanntgegeben:

1. „Ziff. A 6: Bei der Erläuterung des Planzeichens in der Legende ist zu ergänzen, dass es sich bei der aufgeführten Zahl der Vollgeschosse (hier: II) um eine Beispielangabe handelt, da in der Plan-zeichnung Bereiche mit einem, zwei und drei zulässigen Vollgeschossen festgesetzt werden.
2. Ziff. A 21: Das Planzeichen in der Legende (schwarze Linie) stimmt nicht mit dem in der Planzeichnung verwendeten überein (grau gestrichelte Linie).
3. Das Planzeichen „Schutz und Erhalt des Gehölz-bestandes“ (grün schraffierte Flächen im Bereich im Bereich der öffentlichen Grünfläche) wird nach wie vor in der Planzeichnung verwendet, aber nicht erläutert. Wir weisen darauf hin, dass das Plan-zeichen ohne Erläuterung unter den Festsetzungen keine Rechtswirkung entfalten kann.
4. Ziff. B 2.3: Hier ist hinter dem angegebenen Artikel 6 Abs. 7 Nr. I noch die Bayerische Bauordnung als Rechtsgrundlage zu ergänzen („BayBO“). Bei der Regelung der Gesamtlänge und der Höhe der Tiefgaragenrampen ist zu ergänzen, dass es sich jeweils um Maximalmaße handelt („max. 80 m“ bzw. „max. 3 m“), da diese sonst nur mit einer Gesamtlänge von genau 80 m und einer Höhe von genau 3 m zulässig wären. In der Festsetzung wurde der Passus „in Verbindung mit dem Neben-gebäude Müll“ neu eingefügt. Hierfür wurde in der Planzeichnung ein eigener Bauraum mit Planzeichen A 10 „Baugrenze“ festgesetzt. Wir empfehlen, die Fläche mit dem Planzeichen Nr. 15.3 Anlage PlanZV („Fläche für Nebenanlagen - Müll“) zu umgrenzen und unter den Festsetzungen zu erläutern. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die nach dem Satzungsbeschluss vom 10.06.2021 erfolgten Änderungen noch vom Gemeinderat im Rahmen der Abwägung zu beschließen sind. Der Satzungsbeschluss müsste nach Aufhebung des Beschlusses vom 10.06.2021 neu gefasst werden.
5. Ziff. B 2.4: Nach dem angegebenen Artikel 6 Absatz 7 Nr. 1 ist noch die Bayerische Bauordnung („BayBO“) als Rechtsgrundlage zu ergänzen.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bei der Regelung der Gesamtlänge der Lärm-Schutzwand ist noch zu ergänzen, dass es sich jeweils um Maximalmaße handelt („max. 50 m“ bzw. „max. 4 m“; siehe Ziffer 5 unserer Stellungnahme vom 17.05.2021).
Gegenüber der zuletzt vorgelegten Planfassung wurde im Bereich der Lärmschutzwand entlang der nördlichen Geltungsbereichsgrenze ein Bauraum für eine Nebenanlage (?) mit einer Länge von 14,50 m und einer Wandhöhe von 2,50 m festgesetzt. Falls es sich hier um Flächen für Nebenanlagen handelt, empfehlen wir, analog zur Nebenanlage „Müll“ (vgl. Stellungnahme zu Festsetzung B 2.3), die Fläche ebenfalls mit dem Planzeichen Nr. 15.3 Anlage PlanZV zu umgrenzen und unter den Festsetzungen zu erläutern.

Aus Sicht der Grünordnung, des Immissionsschutzes und des Naturschutzes erfolgt keine Äußerung.“

Beschluss: 23:0

Zu 1.

Das Planzeichen Ziffer A 6 wird der Anmerkung des LRA entsprechend textlich ergänzt mit z.B. Anpassung A. Festsetzung durch Planzeichen

Zu 2.

Das Planzeichen Ziffer A 21 wird mit der Planzeichnung abgeglichen und diese in Übereinstimmung gebracht.

Zu 3.

Das Planzeichen „Schutz und Erhalt des Gehölzbestandes“ wird aus der Planzeichnung entfernt.

Zu 4.

Ziffer B 2.3 wird der Anmerkung des LRA entsprechend textlich ergänzt mit ‚BayBO‘ und der Angabe ‚max.‘ Anpassung A. Festsetzung durch Planzeichen

Zu 5.

Der Text Ziffer B 2.4 wird der Anmerkung des LRA entsprechend textlich ergänzt mit ‚BayBO‘ und ‚max.‘ Anpassung A. Festsetzung durch Planzeichen.
Der nördliche Bauraum im Bereich der Lärmschutzwand nimmt Nebenanlagen auf und wird unter den Festsetzungen erläutert.

Eisenbahn-Bundesamt Außenstelle München

Das Schreiben vom 16.7.2021 wird mit folgendem Inhalt bekanntgegeben:

„Ihr Schreiben ist am 05.07.2021 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.“

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.

Bei Beachtung der nachfolgenden Nebenbestimmungen und Hinweise bestehen keine Bedenken: Gemäß den im Internet veröffentlichten Unterlagen ist ersichtlich, dass die Bahnstromleitung, die die Unterwerke Pasing und München/Ost verbindet, das Plangebiet randlich tangiert. Die Schutzzone deckt sich in einem kleinen Teil mit dem Bebauungsplan.

Auf Grund dessen ist Folgendes zu beachten:

- 1.) Bei Baumaßnahmen darf die Standsicherheit der Bahn-Strom Leitungsmasten durch evtl. durchzuführende Ausgrabungen/Bodenabtragungen in keinem Fall gefährdet werden.
- 2.) Im Zusammenhang mit der baulichen Nutzung (Neubau eines Feuerwehrgerätehauses mit Wohnnutzung) sollte darauf hingewiesen werden, dass von der Bahnstromleitung Beeinträchtigungen durch elektromagnetische Beeinflussung auftreten können. Störende Einflüsse auf technische Einrichtungen (EDV-Anlagen und Monitore, medizinische und wissenschaftliche Apparate o. ä.) können im Bereich des Schutzstreifens der Leitung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.
- 3.) Baumaßnahmen, die innerhalb des Schutzstreifens der Bahnstromleitung durchgeführt werden, sind mit dem Leitungsbetreiber zuvor abzustimmen.
- 4.) Anpflanzungen sind innerhalb des Schutzstreifens nur eingeschränkt möglich.
- 5.) Die Schutzabstände zur spannungsführenden Leitung gemäß den anerkannten Regeln der Technik und den feuerpolizeilichen Vorschriften sind - auch während der Baudurchführung - einzuhalten.
- 6.) Der Bestand und der Betrieb der Bahnstromleitung zur Aufrechterhaltung der Bahnstromversorgung muss auf Dauer gewährleistet sein.
- 7.) Innerhalb des Schutzstreifens muss mit Beschränkungen der Bauhöhen von Bauwerken (z. B. Gebäuden, Wegen, Straßen, Brücken, Entwässerungs-, Sport-, Freizeit-, Beleuchtungs-, Lärmschutz- und Bewässerungsanlagen usw.) gerechnet werden.
- 8.) Unter den Leiterseilen muss mit Eisabwurf gerechnet werden.

Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin DB Energie GmbH als Trägerin öffentlicher Belange über die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Süd, Kompetenzzentrum Baurecht, Barthstraße 12, 80339 München empfohlen. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Betreiber der Bahnstromleitung. Es wird gebeten, dem Eisenbahn-Bundesamt sowohl die Stellungnahme der Deutsche Bahn AG, DB Immobilien zu diesen Bauleitplanverfahren als auch das Ergebnis des Abwägungsprozesses mitzuteilen.

**Die vorgetragenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst**

Wasserwirtschaftsamt München

Das Schreiben vom 5.8.2021 wird mit folgendem Inhalt bekanntgegeben:

Zu genanntem Bebauungsplan nimmt das Wasserwirtschaftsamt München als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung.

Aufgrund der in unserer Stellungnahme vom 16.04.2021 beschriebenen Gegebenheiten des Planungsgebietes, empfehlen wir weiterhin eine Konzeption für die Niederschlagswasserbeseitigung aufzustellen, um Fehlplanungen, Mehrkosten und Verzögerungen zu verhindern. Die zur Versickerung notwendigen und geeigneten Flächen sind vorzuhalten und im Bebauungsplan einzuzeichnen.

Das Landratsamt München erhält eine Kopie dieses Schreibens per E-Mail.

Die vorgetragenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Erläuterungen zur Niederschlagswasserbeseitigung im Umgriffsgebiet wurden im Nachgang an die Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes vom 16.04.2021 im Änderungsbebauungsplan Nr. 73c/20 unter Hinweise durch Text Punkt D 22 aufgenommen.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst

SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG

Das Schreiben vom 2.8.2021 wird mit folgendem Inhalt bekanntgegeben:

„herzlichen Dank für die Zusendung der o.g. Bebauungsplanunterlagen. Von der Änderung haben wir Kenntnis genommen und nehmen hierzu wie folgt Stellung.

Unsere bestehenden Versorgungsanlagen sind aus den beiliegenden Bestandsplänen (Erdgas grün, Fernwärme violett und Wasser blau dargestellt) zu ersehen.

Innerhalb der Münchner Straße befindet sich unsere Wasserleitung DN 300 im Nahbereich der geplanten Baumpflanzungen. Für die geplanten

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Baumpflanzungen gilt ein Mindestabstand von 2,5 m zur Wasserleitung der SWM. Die Abstände werden zwischen der Baumachse und der Anlagenaußenkante gemessen, Grundlage ist die DIN 18920. Geplante Baumaßnahmen dürfen nur nach vorheriger örtlicher Einweisung in den Leitungsbestand durch unsere Aufgrabungskontrolle begonnen werden. Wir sind sehr daran interessiert, die geplanten Gebäude an die Fernwärmeversorgung anzuschließen. Weitere Informationen (z. B. Anschlusspreise, Anträge, Vorteile von Fernwärme) erhalten Sie unter www.swm.de. Schalten Sie uns bitte in das weitere Verfahren mit ein. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter der Tel.-Nr.: 089/2361-3397 zur Verfügung."

**Die vorgetragenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst**

Deutsche Bahn AG

Das Schreiben vom 15.7.2021 wird mit folgendem Inhalt bekanntgegeben:

„die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Energie GmbH bevollmächtigt, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zu o. g. Bauleitplanung.

Dem o. g. Planvorhaben kann aus Sicht der DB AG nicht zugestimmt werden. Innerhalb des Verfahrensgebietes verläuft die planfest-gestellte 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 520, Abzw. Karlsfeld – München Ost mit einem Schutzstreifen beidseits von je 30 m bezogen auf die Leitungsachse, deren Bestand und Betrieb zur Aufrechterhaltung der Bahnstromversorgung auf Dauer gewährleistet sein muss.

Die Prüfung der eingereichten Unterlagen hat erneut ergeben, dass die mit Schreiben CR.R O4- S(E1) MF, TOEB-MÜN-20-89662 vom 02.12.2020 und I.ET-S-S 3 Ba (520) vom 24.11.2020 sowie mit Schreiben CR.R O4-S(E1) MF, TOEB-MÜN-21-99348 vom 30.03.2021 und I.ET-S-S 3 Ba (520) vom 29.03.2021 mitgeteilten Hinweise und sicherheitsrelevanten Bedingungen unberücksichtigt bleiben. Auch die textliche Festsetzung „110 kV Bahnstromleitung Pasing - München-Ost mit Schutzstreifen von beiderseits 18 m“ ist nach wie vor nicht korrekt. Die falschen Angaben sind im weiteren Verfahren zu berichtigen.

Beschluss: 23:0

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Bahnstromleitung mit der Schutzzone ist im rechtskräftigen Bebauungsplan 73/03 mit einem 18 m breiten Schutzstreifen gekennzeichnet. Da die 110 KV Bahnstromleitung im Wesentlichen außerhalb des B-Planumgriffs verläuft, ist hier keine Anpassung zur Kennzeichnung mit dem geforderten erweiterten Schutzstreifens von 30 m beidseits im Rahmen dieses B-Plan-Änderungsverfahrens möglich. Nach Überprüfung mit dem erweiterten Schutzstreifen mit 30 m beidseits würde nur eine kleineren Ecke die Freiflächen der südlichen Zufahrt des neuen Quartiers „Sondergebiet Feuerwehr und Wohnen“ von der Münchner Straße überlagern. Ein neu festgesetzter Bauraum ist ebenfalls nicht tangiert. Die vorgetragenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.

Der erweiterte Schutzstreifen zur 110-kv-Bahnstromleitung Nr.520 könnte erst in einem Bebauungsplanverfahren, welches die Leitungstrasse mit einbezieht, angepasst werden. Es wird ein Hinweis unter D Hinweise durch Text auf den erweiterten Schutzstreifen von 30 m mit aufgenommen.

Bayernwerk Netz GmbH

Das Schreiben vom 23.7.2021 wird mit folgendem Inhalt bekanntgegeben:

die Betriebsführung des Stromnetzes der RegioNetz München liegt bei der Bayernwerk Netz GmbH. Daher nehmen wir Stellung zu Ihrem Schreiben. Mit den Schreiben vom 16.10.2020 und 19.03.2021 haben wir von der Bayernwerk Netz GmbH bereits Stellungnahmen zum Verfahren abgegeben, welche weiterhin Ihre Gültigkeit behalten. Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir bitten Sie, uns bei weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.“

**Die vorgetragenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst**

Kabel & Medien Service

Das Schreiben vom 12.7.2021 wird mit folgendem Inhalt bekanntgegeben:

Hinweise zum Schutz unterirdischer Versorgungsleitungen

1. Allgemeines

Die Kabelfernsehen München ServiCenter GmbH (nach-folgend KMS genannt) ist ein Unternehmen der Tele Columbus Gruppe und betreibt private Glasfaser und Coax (HFC)Netze zur Versorgung von Privat- und Geschäftskunden mit Telekommunikations-Diensten. An die Betriebssicherheit der Leitungswege werden hohe Ansprüche gestellt.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine Unterbrechung kann große wirtschaftliche Schäden verursachen. Ein Höchstmaß an Sorgfalt beim Umgang mit den KMS-Leitungen ist deshalb geboten. Bitte beachten Sie folgende Hinweise, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben und Sie nicht von der Verpflichtung entheben, im Vorfeld alle Maßnahmen auszuschöpfen um Beschädigungen der KMS-Kabelanlagen zu vermeiden.

2. Verantwortlichkeit

Der für die Beschädigung der KMS-Versorgungsleitungen Verantwortliche ist der KMS zum Schadensersatz verpflichtet

Erdarbeiten im Bereich der KMS-Kabelanlagen sind mit aller gebotener Sorgfalt gemäß HBO, Allgemeine Vorschriften, zweiter Teil, § 13 Abs. 3, sowie der VOB und den anerkannten Regeln der Technik und handwerklichen Kunst auszuführen. Die Anwesenheit eines Beauftragten der KMS an der Baustelle berührt nicht die Verantwortlichkeit des Ausführenden für die von ihm verursachten Schäden an Kabelanlagen der KMS, unabhängig vom Auftraggeber.

3. Einholung von Auskünften (Erkundungspflicht und Sorgfaltspflicht)

Auskunft über die Lage der KMS-Leitungen und anderer Einrichtungen erhalten Sie von:

Kabelfernsehen München ServiCenter GmbH

Dieselstr. 1

85774 Unterföhring

planauskunft-kms@pyur.com

Die Erkundungs- und Sorgfaltspflicht der Tiefbauunternehmen ergibt sich aus der DIN 18300 (VOB, Teil C), Nr. 3.1.3 und 3.1.5 sowie aus der Unfallverhütungsvorschrift 20 "Bauarbeiten" (VBG 37, § 16). Demgemäß ist die Einweisung des Personals und die Einholung von Auskünften über die Lage von Kabelanlagen, gleich ob im bebauten Stadtgebiet, in Grünanlagen oder sonstigen unbebauten Grundstücken, eine unbedingte Voraussetzung zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht

Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Bestandsunterlagen neuesten Standes vorhanden sein.

Bestandsunterlagen haben eine Gültigkeit von max. 4 Wochen ab Beantwortungsdatum. Die Kabelfernsehen München ServiCenter GmbH kann über die Lage von Versorgungsanlagen nur insoweit Auskunft erteilen, als dies anhand von Bestandsplänen möglich ist. Deshalb sind Sie verpflichtet, sich über die tatsächliche Lage und Tiefe vorhandener Versorgungsanlagen durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen, z.B. Suchschlitze in Handschachtung etc. Gewissheit zu verschaffen.

4. Anzeigepflicht des Baubeginns

Arbeiten im Bereich der KMS-Leitungen sind der KMS vor Beginn rechtzeitig, d.h. mindestens 2 Wochen vorher, unter planauskunft-kms@pyur.com

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

mitzuteilen. Allein das Einholen von Auskünften nach Abschnitt 3 gilt nicht als Anzeige des Baubeginns.

5. Arbeiten im Bereich von Kabelanlagen

Erdarbeiten im Bereich der KMS-Leitungen haben ausschließlich durch Handschachtung zu erfolgen. Der Einsatz von Baggern oder anderen Baumaschinen verletzt die Sorgfaltspflicht Baugruben oder Gräben, die Kabelanlagen kreuzen bzw. in deren unmittelbarer Nähe verlaufen, sind fachgerecht zu verfüllen (siehe auch „Merkblatt für das Verfüllen von Leitungsräben“ Forschungsgesellschaft für Straßenwesen, Köln und FBO der ehemaligen Deutschen Bundespost). Die Umhüllung von freigelegten Kabelanlagen muß mit steinfreiem Material (Sand) erfolgen. Alle Maßnahmen, die zur Sicherung von Kabelanlagen und den dazugehörigen Einrichtungen erforderlich werden, z.B. Ausführen einer zusätzlichen Verdichtung, Herstellung von Auflagern, Stützen, Widerlagern usw., sind auf Kosten des Unternehmers bzw. des Veranlassers nach den Angaben der KMS auszuführen.

6. Maßnahmen bei Beschädigungen

Im Falle eines Schaden - auch bei geringster Beschädigung eines unterirdischen Leerrohres bzw. Kabels - sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Unverzügliche Meldung an die KMS, Tel: 0341/60952-444 od. 0341160952-473
- Gefahrenbereich absichern, Schadenstelle absperren und Zutritt unbefugter Personen verhindern
- Weitere Maßnahmen mit den Mitarbeitern von KMS bzw. deren Beauftragte abstimmen

Das Baustellenpersonal darf die Schadenstelle nur nach Abstimmung mit KMS verlassen.

**Die vorgetragenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst**

Weiteres Vorgehen

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich.

Der Bebauungsplan Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee, kann somit als Satzung beschlossen werden.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Abwägungsbeschlüsse gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.02.2021, Nr. 88, und vom 27.04.2021, Nr. 109, sowie des Gemeinderates vom 10.06.2021, Nr. 173, sind hier als Anlage beigelegt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

Beschluss: 22 : 0

Gemäß den vorstehenden Beschlüssen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Hinweise und Anregungen in die Bebauungsplanunterlagen eingearbeitet. Eine weitere Auslegung ist nicht erforderlich.

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss gemäß Beschlüssen vom 24.02.2021, Nr. 88, und vom 27.04.2021, Nr. 109, sowie durch den Gemeinderat vom 10.6.2021, Nr. 173, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen. Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.6.2021, Nr. 173, wird bzgl. des Satzungsbeschlusses aufgehoben.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 73c/20, 3. Änderung zum Bebauungsplan 73/03 „Unterföhring Süd“ Straßäckerallee, in der Fassung 10.06.2021 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 16.09.2021.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 611
Bauamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

212 23 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

212 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 09/2021; Termine Impfbus

Der Bürgermeister gibt die anstehenden Termine des Impfbuses in
Unterföhring bekannt:

Di. 21.09.2021 ab 16:00 Uhr vor dem Fezi in der Jahnstraße

Sa. 25.09.2021 von 10:00 – 16:00 Uhr auf dem Vorplatz des Bürgerhauses

Das Gymnasium Unterföhring ist derzeit in Planung einer Impfkaktion mit dem
Impfbus vor dem Gymnasium.

Hauptamt

212 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 09/2021; Bewerbung Landkreis München Special Olympics 2023

Vom 17. bis 24. Juni 2023 finden in Berlin die Special Olympics World Games
für Menschen mit geistiger sowie multipler Behinderung statt.

Das Konzept: Mit dem „Host Town Program“ werden die internationalen
Sportlerinnen und Sportler in ganz Deutschland willkommen geheißen. 170
internationale Delegationen – von 6 bis 400 Mitgliedern – werden erwartet.
Bevor sie zu den Wettkämpfen nach Berlin reisen, wird jedes Nationenteam
von einer Kommune in Deutschland empfangen und einige Tage dort
verbringen. Das Ziel: 170 Nationen – 170 inklusive Kommunen.

Unterföhring möchte sich zusammen mit den Kommunen Ismaning und
Garching als die Nordkommunen des Landkreises München als Host Town
bewerben. Dabei hat Unterföhring die einmalige Möglichkeit, sich als inklusive
Gemeinde zu präsentieren und die Vielzahl an Sportstätten für dieses
außergewöhnliche Ereignis zu nutzen.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es wird erwartet, dass eine 20- bis 30-köpfige Delegation von Sportlerinnen und Sportlern inklusive Angehöriger und Pflegepersonal Unterföhring zugeteilt wird. Den Großteil der Kosten übernimmt der Landkreis München.

Eine inhaltliche Ausarbeitung des Konzepts erfolgte mit dem Kreisjugendring bzw. dem Fezi und der Jugendfarm. Zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt eine Kooperation mit den Unterföhringer Vereinen, die jeweils inhaltlich direkt mit ihnen abgestimmt wird.

AZ 4

Hauptamt

212

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 09/2021; Ergebnisse Stadtradeln 2021

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass das diesjährige Aktion Stadtradeln von Klimabündnis vom 27.06.2021-17.07.2021 stattgefunden hat.

Insgesamt 17 Teams, 260 Radler haben so viele Wege wie möglich mit dem Fahrrad zurückgelegt und sammelten 58.565. Radl-Kilometer innerhalb von drei Wochen. Durch den Umstieg aufs Rad konnten zudem allein durch die Unterföhringer Teilnehmer über 8.608,8 Kilogramm Kohlendioxid-Emissionen vermieden werden.

Beim Landkreisranking lag Unterföhring im oberen Mittelfeld und belegte den 8. Platz in der Kategorie „Kommune mit den meisten Radlkilometern“.

Der Landkreis München mit 29 Teilnehmerkommunen erreichte insgesamt 1.303.002 Kilometer. Allein hierdurch wurden ganze 192t Kilogramm CO² vermieden.

Seit mittlerweile fünf Jahren darf während der Aktion Stadtradeln auch eine gemeinsame NordAllianz-Ausfahrt nicht fehlen. Wie bereits im vergangenen Jahr, musste die „Sternfahrt“, bei der sich traditioneller Weise Radlergruppen aller acht NordAllianz-Kommunen an einem vorher vereinbarten Ort im Biergarten treffen, coronabedingt ausfallen.

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ausgestattet mit schönen wasserblauen Stadtradelshirts, gefüllten Trinkflaschen mit Gemeindelogo und Proviant schwangen 40 Teilnehmer sie sich auf ihre Räder und machten sich auf den Weg zur Staffelfahrt.

AZ 85
Bauamt

212

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 09/2021; Sperrung der Moosbahnbrücke in Unterföhring

Gemäß dem Prüfergebnis vom 19.05.2021 des Prüfsachverständigen Dipl. Ing. Zwerner, war das Ingenieurbauwerk Moosbahnbrücke aufgrund der Prüfnote 4,0 sofort zu sperren.

Dies gilt sowohl für Kfz aller Art, als auch Fußgänger- und Radverkehr. Dies ist überwiegend bedingt durch den Zustand der Absturzsicherung. Die Statik ist vermutlich noch ausreichend.

Um das weitere notwendige Vorgehen abzuklären, werden zeitnah Deformationsmessungen, eine objektbezogene Schadensanalyse (betontechnologisch und metallurgisch), eine Weiterführung der vorhandenen Statik und daraus resultierend eine potentielle Sanierungs- oder Alternativplanung untersucht.

Vorbehaltlich der erforderlichen Genehmigungen wasserrechtlich und vom Eigentümer des MIK) soll die objektbezogene Schadensanalyse noch im September 2021 durchgeführt werden.

Mit einer Aus- und Bewertung ist anschließend innerhalb einer Woche zu rechnen.

Dem Gremium werden die weiteren Ergebnisse und die weitere Vorgehensweise anschließend zur Kenntnis gebracht.

AZ 631
Bauamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

212

23

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Guist - Temperatur Sitzungssaal + Bauarbeiten Aschheimer Spielplatz

Herr Guist fragt an ob künftig der Sitzungssaal im Feststadl etwas aufgeheizt werden kann. Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass künftig im Vorfeld der Sitzung der Saal entsprechend beheizt wird.

Des Weiteren fragt Herr Guist an, welche Baumaßnahmen im nördlichen Teil des Aschheimer Spielplatzes durchgeführt werden. Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass hier Leitungen bezüglich des Neubau ProSieben Campus verlegt werden.

Hauptamt

212

23

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Diané - Aktueller Sachstand Aufstockung Pflegeeinrichtung

Frau Diané fragt an, wie der aktuelle Sachstand bei der Aufstockung der Pflegeeinrichtung ist.

Bauamtsleiter Herr Kapfenberger teilt dem Gremium mit, dass die Genehmigung derzeit noch zur Bearbeitung im Landratsamt München ist.

Bauamt

20. Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bis zum Ende der öffentlichen Sitzung sind keine Einwände gegen die Beschlussfassungen aufgrund Probleme bei der Zuschaltung mittels Ton- und Bildübertragung vorgebracht worden.

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 22:10 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer